

Fortschritte bei globalem Investitionsabkommen

Börsen-Zeitung, 9.9.2016

Auf dem G20-Gipfel in Hangzhou am 4. und 5. September 2016 wurden Leitprinzipien für eine globale Investitionspolitik beschlossen. Auch wenn die Prinzipien nicht bindend und noch recht allgemein sind, so bedeuten sie doch einen großen Fortschritt und könnten eine Basis auf dem (sicher nicht einfachen) Weg zu einem globalen Investitionsabkommen sein.

Weltweit werden Billionen Dollar Investitionen benötigt, um das schwache Wachstum der Produktion und des internationalen Handels anzukurbeln und die 2015 von den Vereinten Nationen verabschiedeten „Sustainable Development Goals“ zu erreichen. Grenzüberschreitende Unternehmensinvestitionen (Direktinvestitionen) können dazu einen bedeutenden Beitrag leisten, indem sie den Gastländern Zugang zu dringend benötigtem Kapital, neuen Technologien und Fähigkeiten, neuen Absatzmärkten sowie materiellen und immateriellen Vermögenswerten verschaffen. Globale Wertschöpfungsketten und internationaler Handel werden durch Direktinvestitionen gefördert und haben einen bedeutenden und wachsenden Anteil am Produktivitätswachstum.

Vermeht kritische Stimmen

In den vergangenen drei Jahrzehnten haben sich immer mehr Länder für Direktinvestitionen geöffnet (Liberalisierungstrend). In dieser Zeit wurde auch eine sehr große Zahl von bilateralen Investitionsverträgen und anderen internationalen Investitionsabkommen abgeschlossen, die größere Rechtssicherheit für Investoren geschaffen haben. Das Netz dieser Verträge bildet den derzeitigen Rechtsrahmen für Direktinvestitionen. Dieses Geflecht von weltweit über 3000 Abkommen ist für Investoren und andere Interessengruppen allerdings zum Teil schwer durchschaubar und unausgewogen und muss daher verbessert werden.

In jüngster Zeit gibt es zudem wachsende Strömungen, die der zunehmenden Globalisierung durch internationalen Handel und Investitionen kritisch gegenüberstehen. In den Industrieländern wächst die Furcht vor Arbeitsplatzabbau, Steuerflucht, Ausbeutung von Entwicklungsländern und die Ausnutzung niedrigerer Umwelt- und Arbeitsstandards bei Auslandsinvestitionen. Zudem stehen die in Investitionsabkommen vorgesehenen privaten Schiedsgerichte zur Schlichtung von Streitigkeiten zwischen Investoren und Gast-

ländern stark in der Kritik. Der drohende Abbruch der TTIP-Verhandlungen, zuletzt von deutschen und französischen Politikern heraufbeschworen, ist nicht zuletzt vor dem Hintergrund einer Antiglobalisierungsströmung in Teilen der Bevöl-



Thomas Jost

Professor für Volkswirtschaftslehre an der Hochschule Aschaffenburg

kerung zu sehen, die auch im US-Wahlkampf eine große Rolle spielt.

Die weltweiten Direktinvestitionen sind in den letzten Jahren wieder gestiegen, haben aber noch nicht das Niveau der Zeit vor dem Beginn der Wirtschafts- und Finanzkrise von 2008 erreicht. Ein ausgewogenes internationales Investitionsregime oder gar ein weltweites Investitionsabkommen und, auf dem Weg dahin, eine vertiefte Kooperation zur Schaffung von Regeln für die Förderung nachhaltiger grenzüberschreitender Investitionen könnten wichtige Signale dafür sein, dass die Politik nicht nur auf nachfrageseitige Stimulierung des Wachstums, unterstützt durch die Niedrigzinspolitik der Notenbanken, sondern auch auf ein angebotsseitiges Investitions-wachstum setzt.

Abseits der oft emotionalen und tagesaktuellen politischen Debatte sind die Bedingungen für einen erneuten Anlauf zu einem internationalen Investitionsabkommen günstiger als vor zwei Jahrzehnten, als das von der Industrieländerorganisation

OECD initiierte Multilaterale Investitionsabkommen (MAI) scheiterte. Der Vorstoß der G20 bindet die Schwellenländer mit ein. Die G20-Länder vereinigen einen Anteil von 85% am Weltbruttoinlandsprodukt, 80% am Welthandel und 50% der



Karl Sauvant

Resident Senior Fellow am Columbia Center on Sustainable Investment, Columbia University/New York

Weltdirektinvestitionen. Auch die Interessen der Entwicklungsländer sind in der G20 und deren Arbeitsgruppen besser vertreten. Dadurch kann ein solches Abkommen nicht mehr als einseitiges Diktat der Industrieländer verstanden werden.

Außerdem besteht eine zunehmende Konvergenz der Interessen zwischen Investoren- und Zielländern von Direktinvestitionen. Die ausfließenden Direktinvestitionen der Schwellen-, Entwicklungs- und Reformländer sind im letzten Jahrzehnt sehr stark gestiegen und machen im Zeitraum von 2013 bis 2015 knapp 35% (470 Mrd. Dollar) der weltweiten Direktinvestitionsexporte aus. Einige Schwellenländer, allen voran China, sind weltweit bedeutende Investoren geworden. Diese Länder sorgen sich, ähnlich wie die Industriestaaten, um die Sicherheit ihrer Investitionen im Ausland.

In den Industrieländern haben auf der anderen Seite Sicherheitsbedenken gegenüber Direktinvestitionen, vor allem aus China, Russland und dem arabischen Raum, zugenom-

men. Daneben wächst die Furcht vor dem Verlust wichtiger Technologien (siehe den Fall Kuka) und die Kritik an einer unfairen Förderung von Investitionsvorhaben von Staatsunternehmen aus diesen Ländern gegenüber privaten Mitkonkurrenten bei internationalen Unternehmensübernahmen. Solche Bedenken sind ernst zu nehmen. Sie sollten jedoch nicht dazu dienen, sich abzuschotten. Wichtiger erscheint eine faire Regulierung und Gesetzgebung, die die Interessen von Investoren und Gastländern gleichberechtigt berücksichtigt.

Beste Voraussetzungen

Deutschland, das am 1. Dezember 2016 die Präsidentschaft der G20 übernimmt, hat die einmalige Chance, weitere Fortschritte auf dem Weg zu einer multilateralen Investitionsgesetzgebung zu erreichen, wenn die Bundesregierung dazu den politischen Willen aufbringt. Wie kaum ein anderes Land hat Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten von intensivierten internationalen Handels- und Investitionsbeziehungen profitiert. Die Verflechtung der deutschen Unternehmen mit dem Ausland und die ausländischen Unternehmensinvestitionen in Deutschland sind zudem regional und sektoral ausgewogen und nicht zu stark auf einzelne Länder und Regionen ausgerichtet. Deutschland ist damit in der Lage, eine Mittlerposition zwischen den politisch oft gespannten Beziehungen zwischen den USA, Russland und Asien zu spielen.

Konkrete nächste Schritte auf dem Weg zu einem multilateralen Investitionsrahmenwerk könnten die Schaffung eines weltweiten Investitionsgerichtshofs sein, wie ihn die EU gefordert hat und dessen Konzept in dem geplanten CETA-Abkommen enthalten ist. Zudem sollte auf den in Hangzhou angenommenen Leitprinzipien aufgebaut werden (z.B. durch die Ausarbeitung von erklärenden Kommentaren) und ein systematisches internationales Programm zur Förderung nachhaltiger Direktinvestitionen, vor allem in den am geringsten entwickelten Ländern, in Angriff genommen werden. Unterstützt von der UNCTAD, der Weltbank, der OECD und der Welthandelsorganisation WTO, könnte dabei die im Januar 2016 geschaffene „G20 Trade and Investment Working Group“ (mit Deutschland als Co-Vorsitzenden) eine wichtige Katalysatorrolle spielen, konkrete Beschlüsse der Staats- und Regierungschefs vorzubereiten.

boersen-zeitung.de
Das Finanzportal der Börsen-Zeitung

Premium



Nutzen Sie schon alle unsere Angebote für sich?

Heute schon die Zeitung von morgen!

Werden Sie Premiumleser!

Als Abonnent der Börsen-Zeitung zahlen Sie nur 34 Euro im Monat!

Premium-Bereich von boersen-zeitung.de – jetzt testen!
Kontakt: Leserservice +49(0)69/2732-191, leserservice@boersen-zeitung.de